

Angebotspolitik

wirtschaftspolitische Konzeption, die im Gegensatz zur Globalsteuerung (Keynesianismus) nicht davon ausgeht, dass Beschäftigung und Wachstum der Wirtschaft in erster Linie vom Verhältnis der Gesamtnachfrage zum jeweiligen Produktionspotenzial abhängen, sondern von den Rahmenbedingungen der Angebotsseite, d. h. der die Investitionstätigkeit beeinflussenden Löhne, Arbeitszeitregelungen, Staatsverschuldung, Steuern, administrativen Auflagen etc. Theoretische Grundlage der Angebotspolitik (supply side policy) ist die neoklassische Wirtschaftstheorie, die von einer grundsätzlichen Gleichgewichtsorientierung freier Märkte ausgeht. Während Globalsteuerung bzw. Demand (Nachfrage-) Management davon ausgehen, dass die privaten Investitionen in erster Linie eine Funktion der Nachfrage sind, geht die Angebotspolitik davon aus, dass die beschäftigungs- und wachstumsbestimmenden privaten Investitionen in erster Linie von der jeweiligen Rendite bzw. den Renditeerwartungen bestimmt werden. Im Gegensatz zur Globalsteuerung setzt die Angebotspolitik nicht auf einen antizyklischen Einsatz der Geld- und Finanzpolitik, sondern auf eine Orientierung der Geldpolitik (Monetarismus) am langfristigen Wachstumstrend des Produktionspotenzials und der staatlichen Steuer-, Ausgaben- und Schuldenpolitik. Zu dem Wechsel von der Nachfragesteuerung zur Angebotspolitik kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu Beginn der 1980er Jahre aufgrund der relativen Wirkungslosigkeit der Nachfragepolitik der 1970er Jahre bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und einem damit verbundenen Anstieg der Staatsverschuldung. Die in der Bundesrepublik betriebene und insbesondere vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erarbeitete Version der Angebotspolitik ist im Vergleich zu der in den USA (Reaganomics) und zu der in Großbritannien (Thatcherismus) praktizierten Politik weit ausgewogener und auch nicht »blind« gegenüber von der Nachfrageseite bewirkten Instabilitäten sowie möglichen asymmetrischen Verteilungswirkungen.

Die Angebotspolitik (Supply-Side Economics) zielt auf die Bestimmungsfaktoren des gesamtwirtschaftlichen Angebots durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen ab. Als entsprechende Mittel kommen Steuerentlastungen, die Senkung von Lohnnebenkosten, die Entlastung der Unternehmen durch weniger Bürokratie (Deregulierung), konstante Finanz- und Geldpolitik etc. in Betracht.

Die Gewinne der Unternehmen sollen erhöht und damit Investitionen sowie Innovationen gefördert werden. Als theoretische Begründung dient die neoklassische Stabilitätskonzeption. Im Gegensatz zur nachfrageorientierten keynesianischen Position (Nachfragepolitik) geht der neoklassische Ansatz grundsätzlich von einer inhärenten Stabilität des privaten Sektors aus. Sie soll verstetigt werden, um Schocks, die nicht selten durch die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik hervorgerufen werden, zu vermeiden. Die Geldpolitik übernimmt die makroökonomische Steuerung, um längerfristige Schwankungen der Inflationsrate zu unterbinden (monetaristische Position).

Die Fiskalpolitik hat lediglich struktur- und allokatonspolitische Aufgaben zu erfüllen. Sie soll die Anpassungsfähigkeit des privaten Sektors erhöhen. Es ist umstritten, ob eine Angebotspolitik in jeder wirtschaftlichen Lage ursachenadäquat ist. Bestätigt werden diese Zweifel durch einen Blick auf die in Deutschland seit Jahren bestehende Wachstumsschwäche, die trotz verbesserter Angebotsbedingungen für die Unternehmen auch auf zu geringen Konsum der privaten Haushalte zurückzuführen ist. Außerdem hat die „Verbesserung“ der Angebotsbedingungen zu Gunsten der Unternehmen nicht zu steigenden Investitionen beigetragen.

Aus: Wirtschaftslexikon24.net

Angebotsorientierte Politik

neoklassisch ausgerichtete Position; es gibt keine dauerhafte Nachfrangelücke; Der Staat soll Wirtschaftswachstum und Beschäftigung durch die Beseitigung angebotsseitiger Störungen mittelfristig fördern.

Instrumente der Angebotspolitik:

1. Stärkung der Investitionsfähigkeit der Unternehmen
2. Erleichterung der Existenzgründung für kleinere u. mittlere Unternehmen
3. Förderung von Forschung und Entwicklung
4. Erhöhung der Mobilität der Arbeitskräfte
5. Abbau der Haushaltsdefizite durch ein unterdurchschnittliches Wachstum der Staatsausgaben
6. Stärkung des investiven Anteils -> Privatisierung/Subventionsabbau
7. Senkung der Steuerbelastung (direkte Steuern)/Steuererhöhung bei den indirekten Steuern sind vertretbar
8. Daraus ergeben sich Zinssenkungen, die das Investitionsverhalten fördern
9. Produktivitätswachstum führt zur Kostenentlastung und damit Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
10. Reallöhne müssen langsamer wachsen als die Arbeitsproduktivität
11. Die anzustrebende verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen soll die Eigenkapitalbasis stärken

Im Vordergrund steht der Kostenaspekt der Löhne.